

# Kongresspräsident

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 28. August 1929

Nummer 69

### Kongress und Kellameischa

Die Eröffnung der Kellameischa und des Weltkongresses am 10. und 11. August in Berlin fiel in die Tage der Verfassungsfeier der Deutschen Republik. War damit die Kellameischa und der Weltkongress gegenüber dem großen Interesse an der Verfassungsfeier an den Tagen ihrer Eröffnung etwas in den Hintergrund getreten, so wandte sich doch sehr bald, nicht zuletzt durch die öffentlichen Veranstaltungen der Kellameischa, das Interesse der Öffentlichkeit der Ausstellung zu. Dafür spricht schon die Eröffnung der Ausstellung durch den Oberbürgermeister der Stadt Berlin, dafür sprechen aber auch eine ganze Anzahl von Gesandten für die Ausstellung, unter denen wir neben dem Präsidenten, dem Arbeitsminister und dem Reichsfürst der Vereinigten Staaten auch den Reichskanzler Hermann Müller, die Reichsminister Dr. Stresemann, Dr. Curtius, Karl Seeger und die preussischen Minister Dr. Brauns und Dr. Schreiber finden. Die Ausstellung und die damit verbundenen Veranstaltungen entzweiten also des öffentlichen Interesses nicht. Aber das Motto des Weltkongresses und der Kellameischa: „Kellame — der Schlüssel zum Wohlstand der Welt“ ließ doch einen Teil der Öffentlichkeit besonders gespannt aufhorchen — und das war die Arbeiterschaft. Es gereicht den Kellameischa sachlich bestimmt zur Ehre, ihren Veranstaltungen ein Motto gegeben zu haben, das schon in sich eine Kellame war, und das selbst den Teil der Öffentlichkeit in den Tagen der Veranstaltungen zog, der sonst schon aus materiellen Rücksichten nicht immer bei solchen Dingen dabei sein kann. Im Gegensatz zu dem verheißenen Wohlstand hatten die Manager diesmal leider nur vergeblich, verbilligte Eintrittskarten auszugeben, wie es sonst bei anderen Ausstellungen der Fall war. Vielleicht sollten sich die Arbeiter schon dadurch des verheißenen Wohlstandes bewußt werden, daß sie den vollen Eintrittspreis bezahlen dürfen. Aber abgesehen davon ergibt sich auch aus anderen Gründen für die Arbeiterschaft die Frage, welches Interesse sie der Kellameischa und dem Weltkongress entgegenbringen kann, wenn der Präsident des Weltkongresses, Dzunggen, über den Zweck des Weltkongresses sagt: „Dieser Kongress ist ein Kongress der Geschäftswelt und des internationalen Handels und dient ihren Zwecken, obwohl er in Namen der Kellame abgehalten wird.“ Dieser Ausspruch war bestimmt keine Kellame, denn wenn ein Kongress im Namen der Kellame abgehalten wird, dann ist er eben kein Kongress mehr für einen so beschränkten Kreis, wie ihn dieser Ausspruch umschließt, sondern er ist dann eine Angelegenheit, die die gesamte Öffentlichkeit interessiert.

Eine kurze Betrachtung ergibt denn auch sehr bald den Schlüssel — nicht zum Wohlstand der Welt — wohl aber zu den tieferen Ursachen dieses Ausspruchs. Dient der Kongress nämlich der Geschäftswelt und dem internationalen Handel und ihren Zwecken, dann dient er eben nicht mehr der Öffentlichkeit, sondern einem engbegrenzten Kreis von Vertretern der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Das ergibt sich schon aus der glatten Selbstverständlichkeit, daß die Kellame in ihrer letzten Zweckbestimmung innerhalb des kapitalistischen Systems wohl zu einem Wohlstand der Nutznießer der Kellame führen kann, niemals aber zu einem Wohlstand der Allgemeinheit. Denn dazu gehörte die aus einer erfolgreichen Kellame zu Produktions-erhöhungen führende Schlussfolgerung der Preisherabsetzungen und Lohnherhöhungen. Daß selbst die erfolgreichste Kellame irgendwelcher Großfirmen schon niemals zu solchen Auswirkungen geführt hätte, wird niemand behaupten können. Im Gegenteil ist uns bekannt, daß in einem Industriezweig, der einen vielgekauften Verbrauchsgegenstand herstellt, der Anteil des Arbeitelohns am Verkaufspreis nicht ganz ein Zehntel, der Anteil der aufgewendeten Kellame dagegen mehr als das Vierfache ausmacht. Trotzdem klagt diese Industrie noch über „unerträglich hohe“ Arbeitelöhne und wehrt sich gegen Lohnforderungen der Arbeiterschaft, obwohl die geforderten Lohnherhöhungen nur einen winzigen Bruchteil der Kellamekosten ausmachten. Das ist nur ein Einzelbeispiel. Der „Dienst am Kunden“ hat auch nach manchen anderen Richtungen hin Formen angenommen, die ganz naturgemäß auf die Preisbildung drücken müssen und nicht zum Wohlstand der Welt, sondern

zu einer Vernachlässigung der Lohngestaltung geführt haben. Wenn die Kellame ihren Hauptzweck, Vermehrung der Produktion und Erhöhung des Absatzes erreichen soll, dann dürfen daneben die Kaufkraftpflege und die Kaufkraftstärkung, das heißt Preisherabsetzungen und Lohnherhöhungen nicht vergessen werden. Das deutsche Unternehmertum hat wohl die amerikanische Lehre von der Produktionssteigerung durch die Kellame übernommen, aber die sich daraus ergebende Schlussfolgerung hat es bisher abgelehnt und heftig bekämpft.

In diesen Zusammenhang zwischen Kellame und Wirtschaft hat der bekannte amerikanische Kaufmann und Nationalökonom Filene auf dem Kongress sehr treffend hingewiesen. Über die Entwicklungsmöglichkeiten Deutschlands befragt, erklärte er dort:

„Oh, es gibt genug Geld in der Welt für Deutschland, wenn es nur damit beginnen würde, seinen Inlandsmarkt zu verbessern. Deutschland ist der zweitgrößte Markt neben Amerika. Mit seiner kulturell so hochstehenden 65-Millionen-Bevölkerung ist Deutschland als Absatzgebiet für Amerika viel mehr wert als zum Beispiel China mit seinen 400 Millionen Menschen. Durch Lohn und hohe Preise wird Deutschland seine Lage nicht verbessern können... Wir können es nicht verstehen, weshalb Deutschland so an der längst überlebten Wirtschaftstradition festhält, daß die Bevölkerung eines Landes sparen müsse, um reicher zu werden. Lohnempfänger sollen so begabt werden, daß ihnen ein Überfluß bleibt über ihre Selbstkosten für elementaren Lebensbedarf. Was sie sich dafür kaufen, ist gleichgültig, entscheidend ist, daß sie das Geld ausgeben. Wenn ein Arbeiter oder ein Angestellter 10 M. ausgibt, sagen wir z. B. für einen Radiosprecher, dann wird damit dem Arbeiter, der diesen Kopfhörer montiert hat, mehr Beschäftigung geboten. Verdient dieser Angestellte mehr, dann wird auch er sich etwas leisten, was er sich sonst nicht hätte leisten können, und was er dafür ausgibt, bietet wieder anderen Arbeitern ein Plus an Beschäftigung usw. usw. Denn man sich das multipliziert innerhalb eines 65-Millionen-Volkes, dann ergibt sich hieraus eine Absatzsteigerung, die so groß ist, ... daß sie für die Gesamtwirtschaft des Landes wichtiger erscheint als Spareinlagen der kleinen Leute, von denen man nicht weiß, ob sie nur der Schaffung von Mehrarbeit im eigenen Lande dienen. Wenn der reiche Mann spart, bedeutet das meist keine Verbrauchsbeschränkung seiner Familie, beim Sparen des kleinen Mannes ist dies jedoch stets der Fall... Wir in Amerika wissen, welches Kapital Deutschland in seiner Wissenschaft, in seiner Technik, im Vorhandensein seiner 65-Millionen-Bevölkerung mit besser Schulbildung hat. Wir wissen, was Deutschland daraus machen könnte, für sich, für die Welt. In zehn Jahren wäre Deutschland wieder auf der Höhe, wenn es mit der überlebten Wirtschaftstradition von Lohn und hohen Preisen bräche und sich die moderne Wirtschaftspraxis aneignen würde, nach der nicht das Produkt, sondern sein Umsatz das werkschaffende Element des Wirtschaftslebens ist, weshalb jede Wirtschaftsregelung auf mögliche Erleichterung und Vereinfachung des Absatzes eingestellt werden muß. Amerika hat mehr Rohstoffe als Deutschland! Aber ich bitte, Deutschland begabt für diese Rohstoffe dieselben Preise, die unsere amerikanischen Produzenten dafür bezahlen müssen. Daran liegt es nicht. Deutschland hat eine intelligente und fleißige Arbeiterschaft, Deutschland hat erfindungsreiche Techniker, Deutschland hat eine hochstehende Wissenschaft und Deutschland hat vor allem das Vertrauen der Welt. Deshalb kann Deutschland Kredit bekommen, soviel es braucht, wenn es versteht, seinen Markt aufnahmefähiger zu gestalten.“

Diesen Ausführungen brauchen wir nichts hinzuzusetzen, weil sie das Kernproblem der deutschen Wirtschaft treffen wie den Nagel auf den Kopf. Welchen Eindruck jedoch diese Vorlesung auf sie gemacht hat, das erkennt man am besten daran, daß sie diese für die deutsche Wirtschaft hochbedeutenden Ausführungen noch nirgendwo besprochen, sondern überall totgeschwiegen haben. Oder darf man das als einen wegschämten Anfang zur Berührung deuten? —

Diese allgemeinen Betrachtungen über den Zusammenhang zwischen Kellame und Wirtschaft sollen nun nicht an der Arbeit des Weltkongresses vorbeiführen. Die immer wieder betonte Auffassung weltbekannter Unternehmer außerhalb des Buchdruckgewerbes, daß das Inserat noch

immer die wirkungsvollste Kellame ist, führt direkt in unsern Beruf hinein und erhöht sogar unser Interesse an Kellamekongress und an der Kellameischa. Die ausgedehnten Möglichkeiten des heutigen Kellamewesens, ihre Neuschöpfungen auf den verschiedensten Gebieten zwingen uns, die in unserm Beruf liegenden Kellamemöglichkeiten zu beachten und vom berufstechnischen Standpunkt so zu pflegen und weiter zu entwickeln, daß uns das Übergewicht auf dem Gebiet der Kellame erhalten bleibt. Das erfordert unser Berufsinteresse, auch wenn uns die Anerkennung dafür von Prinzipalsseite versagt bleibt. Und wenn auf der Kellameischa eine große Anzahl von Buchdruckbetrieben mit erstklassigen und hervorragenden Druckerarbeiten aufwarten konnten, so nehmen wir Gehilfen auf Grund der von uns geleisteten beruflichen Bildungsarbeit nicht unberechtigt unsern Anteil daran in Anspruch.

Welche große Bedeutung der Kellame gerade innerhalb unseres Berufes beigemessen werden muß, geht sehr anschaulich aus den Ausführungen Professor Dr. Sirchs hervor, der in seinem Vortrag „Kellame als Schöpferin neuer Werte“ erklärte: „Deutschland wendet für unmittlere Kellame, Ausgaben in Druck und Schrift, jezt im Jahre mindestens 900 Millionen auf, vielleicht 1 1/2 bis 2 Proz. unseres Volkvermögens, und rechnet man die mittelbaren Aufwendungen dazu, also die Arbeitskräfte und Kapitalien, die in großen Industrien der Kellamemittel, den graphischen Gewerben, der Schaufenster- und Geschäftsausstattung tätig sind, so kommt man gut aufs Doppelte. Deshalb habe ich früher schon einmal diesen Satz gewagt: Von je 30 erworblichen Deutschen ist immer einer dauernd damit beschäftigt, durch Kellame den anderen 29 und sich selber klar zu machen, was ein jeder der anderen 29 den übrigen und ihm selber dringlich zu verkaufen wünschen... Die unmittlere und unmittlere Kellamedultrieben beschäftigten 1925 in Deutschland größtenteils für mittelbare Werbewerke 360 000 Personen.“

Man könnte gewiß darüber streiten, ob der von Professor Sirch geschilderte Zustand ein idealer ist. Bestehen bleibt aber, und das ist in diesem Zusammenhang das Entscheidende für uns, daß die Kellame innerhalb unseres Berufs eine Rolle spielt, der wir die größte Beachtung zuwenden müssen.

Neben diesen Vorträgen von allgemeinem und speziell buchdruckerischem Interesse sind noch eine Anzahl weiterer Vorträge gehalten worden. Unter ihnen findet der am letzten Tage des Kongresses von Sir Ernest Benn, London, unsere besondere Aufmerksamkeit. Er sprach über das Thema „Kellame und Lebensniveau“ und führte im Verlauf seines Vortrages aus:

„Es ist ein geheimer Wunsch dieses Zeitalters, über das soziale Wohlergehen des Volkes zu diskutieren. Wenn nur Worte Taten wären, so wäre die Welt voller Möglichkeiten eines besseren, glücklicheren und befriedigteren Lebens für die Volksmassen, die darin leben. Von China bis Peru und von Island bis zur Südpol begehrten die Menschen überall die Früchte der Erde und die Erzeugnisse der menschlichen Arbeit, und es gibt keinen stichhaltigen Grund, warum nicht ein großer Teil, wenn nicht die meisten dieser Wünsche ihre Befriedigung finden sollten. Aber der Geschäftsmann, vielleicht mit der Ausnahme des amerikanischen Geschäftsmannes, hat es nicht fertig gebracht, der Bevölkerung klarzumachen, daß er, und er allein, in der Lage ist, diese sehr berechtigten Wünsche zu erfüllen. Das Publikum macht den Fehler, diese Erfüllung von dem Politiker statt von dem Geschäftsmann zu erwarten, und ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß es vergeblich wartet.“

Dieser Ausklang entspricht dem ganzen Charakter des Kongresses, der ja, wie noch einmal hervorgehoben sei, ein Kongress der Geschäftswelt und des internationalen Handels war. Die Arbeiterschaft weiß, daß sie weder von dem Politiker noch von dem Geschäftsmann ihr Heil zu erwarten hat, daß sie sich vielmehr selbst um beides kümmern muß. Wenn wir aber in eine Nachprüfung darüber eintreten wollten, wer von beiden der Arbeiterschaft geholfen hat, dann müßte der Geschäftsmann überhaupt ausbleiben. Wer auf ihn wartet, dem wäre noch zu viel verheißene, wenn man ihm sagen würde, daß er vergeblich wartet.

Sat der Reklamekongreß höchstensfalls hinsichtlich der Ausführungen einzelner Redner auch für die Arbeiterschaft ein gewisses Interesse gehabt, so muß von der Reklame auch gesagt werden, daß sie geeignet war, die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Die Reklame in ihrer heutigen Vielgestaltigkeit ist eine Zeitererscheinung, an der niemand vorbeigehen kann. Sie zwingt jeden in ihren Bann. Und was bei dieser Reklame auch besonders interessant war, daß war der Umstand, daß hier einmal die Reklame für sich selbst Reklame machte. Ein Rundgang durch die beiden Ausstellungshallen ließ leicht erkennen, daß dieser Zweck mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Reklamemittel erreicht wurde.

Eine sehr geschickte Gegenüberstellung war der Aufbau einer alten und einer neuen Stadt: das Einst und Jetzt in der Reklame. Führt uns die alte Stadt zurück in die Zeit, in der Gewalter Schuster und Schneider ihre Ware noch in kleinen Schaufenstern ausstellten, so zeigt uns die lichtüberflutete neue Stadt mit ihrer mächtigen Fassade und ihrer neuzeitlichen Beleuchtungsdekoration den gewaltigen Fortschritt, den die Zeit nicht nur auf dem Gebiete der Reklame, sondern auch der Bautechnik herbeigeführt hat. Dieser Fortschritt offenbart sich ganz besonders, wenn man nach Bewunderung einer Kupferdruckerei von anno dazumal aus der alten Stadt in die riesige Halle I tritt, in der uns unser Weg direkt auf den Stand der Zeitungsanzeige führt. An drei mächtigen Mauern ist hier aus Zeitungsausschnitten die Verbundenheit der Zeitungsreklame mit den Weltteilen der Erde dargestellt und in leuchtenden Buchstaben wird dem Besucher weithin verkündet: „Die Zeitungsanzeige ist der sicherste Weg zum Erfolg.“ Aus Aussprüchen bekannter Industrieller, die hier bildlich in sehr geschickter Weise dargestellt sind, sei der von Rudolf Herzog wiedergegebene, der den obigen Anspruch mit den Worten unterstreicht: „Alles, was ich habe, verdanke ich zu 90 Proz. den Zeitungsanzeigen.“ Von besonderer Wirkung ist auch die Rede der Kongresspräsidenten A. G. Sozialdemokratische Druckerei und Verlagsvertrieb, Berlin, in Halle I. Ein überlebensgroßes Standbild eines Arbeiters, dem zu Füßen ein Bourgeoiszerg steht, stellt das Übergewicht der 80 Proz. der Werktätigen als Verbraucher dar. In den Wänden der Halle sind die verschiedenen Wirtschaftszweige mit den Köpfen der dort erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen dargestellt. Neben diesen besonders gut gelungenen Reklamen seien noch die Berliner Firmen „Bühning“, Illustrationsdruck und Verlag G. m. b. H., Wölfe, Scherl, „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und Klotzoph genannt. Von Druckereien aus dem Reich fallen durch nicht minder wirkungsvolle Aufmachung auf die Stände der „Königlichen Volkszeitung“ und der „Königlichen Zeitung“, „Dresdner Neueste Nachrichten“, „Danziger Neueste Nachrichten“, „Königsberger Allgemeine Zeitung“, „Frankfurter Zeitung“ und der „Hannoversche Anzeiger“. Besonders erwähnenswert ist der Stand der Berliner Großbuchbinderei Lüderich & Bauer, der durch erstklassige Bucheinbände und Leberarbeiten auffällt. Graphiker, Zeitungsausschnittsbüros und viele andre vervollständigen das Bild des Druckgewerbes, zu denen noch einige ausstellende Firmen des Schriftgießergewerbes hinzutreten.

Die starke Werbekraft, die das Buchdruckgewerbe heute noch in der Anzeige besitzt, darf nicht dazu verleiten, die Neuschöpfungen auf andern Gebieten der Reklame nur von gegenwärtigen Stand aus zu betrachten. Die Entwicklungsmöglichkeiten sind hier noch keineswegs abgeschloffen. Film und Tonfilm, Verkehrsreklame, Firmenschilder und Adressausbau, Schaufensterdekoration, Lichtreklame, Werbebriefe und Hilfsmittel, Reklame in der Verpackung, Reklamegraphik, Photographie, Reklame an Fahrzeugen, Reklameberufskleidung und vieles andre deuten darauf hin, daß sich auf dem Gebiete der Reklame eine Entwicklung anbahnt, die dem bisher noch überlegenen Druckgewerbe Ergänzung sein kann, sich aber auch ebensogut zu einer nicht zu unterschätzenden Konkurrenz entwickeln kann.

Es bleibt nur zu wünschen, daß die Reklameschau mit ihren anerkanntwertigen Leistungen von dem Erfolg begleitet ist, den sich die Leitung hinsichtlich der Belegung der Produktion und des Innenmarktes und unsrer Beziehungen zum Ausland davon versprochen hat. Auch die Arbeiterschaft könnte einen solchen Erfolg nur in ihrem eignen Interesse begrüßen.

## Gewerkschaften und Kartelle

Als Träger einer kapitalistisch geregelten Verbandswirtschaft erscheinen die Kartelle, kapitalistische Organisationsgebilde, zugekehrt dem Waren- bzw. Kapitalmarkt. Auf Unternehmerseite sowie in einem mit dem Unternehmertum sympathisierenden Schrifttum treffen wir von Zeit zu Zeit immer wieder auf Verweise, die Kartelle mit den Organisationen der Arbeiter, den Gewerkschaften, zu vergleichen und gleichzusetzen. Erst kürzlich fanden wir diesen Versuch in einer Broschüre des Münchener Volkswirtschaftlers Professor Adolf Weber, „Das Ende des Kapitalismus“ (München, Max Hueber Verlag). Nach ihm handelt es sich bei Gewerkschaften und Kartellen um Marktorganisationen, die durch einheitliches Vorgehen die Preise und Leistungen für längere Zeit zu regeln bestrahlt sind. In beiden Fällen ergäben sich monopolistische Zusammenschlüsse mit dem Zweck, den Preis der angebotenen Ware

durch den Zusammenschluß über den Preisstand hinaus zu erhöhen, der ihr im Zustand der Organisationslosigkeit zufallen würde. Nach Adolf Weber müsse man sogar den Gewerkschaften vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus die größere Gefährlichkeit zuschreiben, da die Kartelle lediglich die Preisbildung eines meist erheblichen Produktes, die Gewerkschaften dagegen den Preis eines unentbehrlichen und unerheblichen Produktionsfaktors beeinflussen. Wir wollen uns mit der Richtigkeit gerade dieses letzten Gedankenganges nicht näher beschäftigen, obwohl gegen ihn mancherlei anzuführen wäre, da doch gerade die unerheblichen industriellen Grundstoffe in besonders starkem Maße kartellmäßig gebunden sind, während im Zeitalter der Maschine die Erzebaret menschlicher Arbeit uns durch die Lasten der Massenarbeitslosigkeit gegenwärtig nur allzu deutlich ins Gedächtnis gerufen wird. Wichtiger ist, daß aus dieser scheinbaren Parallele von Kartellen und Gewerkschaften gefolgert wird, daß beide seitens der Öffentlichkeit, namentlich des Staates, die gleiche Behandlung erfahren müßten, so daß es unzulässig wäre, wenn man für die Gewerkschaften Freiheit, für die Kartelle dagegen staatliche Kontrolle als Forderung aufstellte. Der Versuch, Kartelle und Gewerkschaften gleichzusetzen, ist jedoch bei näherer Betrachtung in höchstem Maße verfehlt. Sind auch Kartelle und Gewerkschaften in ihrer Taktik monopolistisch, so sind sie jedoch in ihrer Zielsetzung völlig verschieden und entgegengesetzt: Kartelle sind kapitalistisch orientiert, d. h. sie bezwecken eine weitere Erhöhung des arbeitslosen Mehrwertbezugs in Form überzuleierter Preise, Gewerkschaften dagegen sind antikapitalistisch orientiert, d. h. sie versuchen den Anteil des arbeitslosen Einkommens am Sozialprodukt zu beschränken und damit der Arbeit den vollen Arbeitsertrag zu beschaffen. Kartelle verstärken ein vorhandenes Monopol, das durch die Lasten des ausschließlichen Produktionsmittelbesitzes in der Hand der Unternehmer entstand, während die Gewerkschaften im Organisationsprinzip die wirksame Gegenwehr fanden, ohne die der sonst wehrlose Arbeiter dem Unternehmer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre. Dieser Unterschied wird deutlich, wenn wir uns daran erinnern, daß der in freier Konkurrenz stehende Unternehmer auch ohne Kartelle im ausschließlichen Besitz der Produktionsmittel bleibt und so dank seines Kapitalbesitzes eine soziale Macht darstellt, der der einzelne Arbeiter ohne seine gewerkschaftliche Organisation schutzlos gegenübersteht. Erst der in Gewerkschaften organisierte Arbeiter steht dem freien Unternehmer als vollwertiger Partner gegenüber. Wer daher den Grundged, daß kein Arbeiter zugunsten eines Nichtarbeitenden durch Minderentlohnung ausgebeutet werden soll, als allgemein verpflichtend anerkennt, kann sich demnach der Forderung nicht entziehen, daß die Anwendung formal gleicher Rechts auf äußerlich scheinbar gleichartige, inhaltlich aber entgegengesetzte Gebilde materiell höchste Ungerechtigkeit bedeuten würde.

Auch sonst vertritt Weber in der angeführten Broschüre wertwürdige Ansichten. Nach seiner Meinung sollten die Kartelle durchaus nicht die Konkurrenz aus, sondern ermöglichen erst eine wirkliche Konkurrenzwirtschaft, indem sie eine ruinöse und damit ungewinnmäßige Konkurrenz zu einer „geregelten Konkurrenz“ gemacht würde. Es soll nicht verkannt werden, daß die Kartelle bei der Preisfestsetzung Rücksichten zu nehmen haben, denn auch der Monopolist steht nicht außerfall, sondern bleibt innerlich des wirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs. Er muß auf die tatsächliche Kaufkraft der nachfragenden Rücksicht nehmen, denn würde er den Preis seines Produktes so hoch ansetzen, daß niemand der nachfragenden bei einer solchen Preishöhe kaufen könnte, so würde er sich selbst letzten Endes aus dem Wirtschaftsprozess ausschalten. Ein untragbarer Preis vermag den Absatz so einzufrieren, daß der Käufer sich nicht vergrößern, sondern verringern wird. Auch die Konkurrenz von Erzeugnissen soll nicht in Abrede gestellt werden — wenngleich sie für sämtliche kartellierte Waren nicht zutrifft, — indem Erzeugnisse (Aluminium für Kupfer usw.) an die Stelle der kartellierten Produkte treten. Wenn im Jahre 1928 das rheinisch-westfälische Kohlenpublikat seine Preise niedriger festlegte, als es nach der Ermächtigung des Reichskohlenrates möglich gewesen wäre, so war hierfür die Konkurrenz der Braunkohle, sowie vor allem der Wettbewerb der übrigen Kohlenländer ausschlaggebend. Aber diese Begrenzungen des Monopols als Bewirkung der freien Konkurrenz zu bezeichnen, ist eine Begriffsbildung, die kaum noch als irrig und fehlerhaft, die vielmehr als unwahr zurückgewiesen werden muß.

Aber auch von diesen Berichtigungen abgesehen ist die Gegenüberstellung von Kartell und Gewerkschaft von vornherein unzulässig. Den Kartellen stehen gar nicht unmittelbar die Gewerkschaften, sondern die Verbraucher gegenüber, gerade so wie der Gegenpart der Gewerkschaften nicht die Kartelle, sondern die Unternehmerverbände sind. Der Verbraucher aber ist bisher so gut wie überhaupt noch nicht organisiert und vermag in keiner Weise den Kartellen ebenbürtige Organisationen entgegenzustellen. Die Stelle, die die Gesamtheit der Verbraucher vertritt, ist aber nach allgemeiner Überzeugung der Staat, so daß von hier aus sich nur das Recht, sondern sogar unmittelbar die Verpflichtung des Staates ergibt, durch Kontrollmaßnahmen gegenüber den Kartellen die Verbraucher vor Ausbeutung und Übertretung zu schützen.

Dieser Forderung allen Nachdruck zu verleihen ist gerade die Arbeiterschaft besonders berechtigt. Nicht nur weil sie den bei weitem größten Teil der Verbrauchermassen stellt,

sondern auch infolge ihrer grundsätzlichen Einstellung zum Kartellwesen. Niemals hat die Arbeiterschaft die Kartelle, die Trusts und sonstigen Monopolorganisationen nur mit dem Auge des Spießbürgers gesehen, der nach Polizei- und Ausnahmegesetz streift, stattdessen in diesen Gebilden schumernben vorwärtstreibenden Kräfte anzuerkennen. Immer hatte die Arbeiterschaft Verständnis dafür, daß Organisation in einer Wirtschaft von allerhöchstem und größtem Nutzen ist. In Konkurrenzkämpfen, die keinem dienen, werden Riesenlöhnen verfallen; in einem übersteigerten System der Höchstzuschüsse und gegenseitigen Fehdefeindschaften werden nicht Werte erzeugt, sondern vernichtet. Aber die Vorteile einer solchen in Industrieverbänden organisierten Planwirtschaft werden erst dann verwirklicht werden können, wenn der Gesamtheit genügend Kräfte politischer und wirtschaftlicher Art zur Verfügung stehen, die aus einseitigen kapitalistischen Verbandsgebilden gemeinwirtschaftliche Selbstverwaltungskörper machen. Und von hier aus wird sich dann ein gänzlich neues Verhältnis der Gewerkschaften zu den Kartellen ergeben, indem namentlich die Gewerkschaften als die berechtigten Vertreter der Arbeiterschaft dazu berufen sein werden, an dieser Umwandlung der Kartelle zu gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern entscheidend mitzuwirken. Dann wird es auch möglich sein, von beiden in demselben Zusammenhang zu sprechen, da dann beide unentbehrliche Glieder einer Wirtschaft sein werden, die dem arbeitenden Menschen den vollen Anteil an seinem Arbeitsprodukt gewährleistet. E. W.

## Der Deutsche Krankenkassenlag

Der Hauptverband Deutscher Krankenkassen hatte den diesjährigen deutschen Krankenkassenlag nach Nürnberg einberufen. Rund 3000 Delegierte und Gäste füllten den Riesenraum der Festhalle im Luitpoldhain. Eine Kassenlagung mithin, die auch in Gewerkschaftskreisen volle Beachtung finden muß. Der Hauptverband Deutscher Krankenkassen umfaßt von den 20 Millionen Versicherten 11 Millionen und ist somit allen andern Spitzenverbänden weit überlegen. Die auf der Tagung gehaltenen Reden waren jede für sich ein Teilproblem der Sozialversicherung, besonders beachtenswert waren die programmatischen Forderungen, die in der Rede des geschäftsführenden Vorsitzenden Helmut Lehmann ihren Niederschlag fanden. Über die Tagung selbst folgendes Bild: Der Krankenkassenlag wurde vom Vorsitzenden des Hauptverbandes Stadtrat A. H. R. S. (Berlin) eröffnet. Rückblickend streifte der Redner die Geschichte des Hauptverbandes, der vor 35 Jahren gegründet und sich von einer losen Dachorganisation zu einem wichtigen Kristallisationspunkt der Krankenversicherung entwickelte. Die Organisationsform habe sich den Verhältnissen entsprechend gewandelt, die Grundlinie ist immer dieselbe geblieben. Auf der andern Seite haben sich die Gegner geändert. Jetzt will man die Krankenversicherung überhaupt beseitigen, und dies zu einer Zeit, wo den Kassen immer neue Aufgaben erwachsen. Anschließend daran begrüßte der Vorsitzende die 130 Gäste. Kassenvorsitzender Müller (Nürnberg) begrüßte im Namen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Nürnberg den Kongreß.

Von den Ansprachen seitens der Gäste ist die Rede des Ministerialrats Dr. Grisefer vom Reichsarbeitsministerium bemerkenswert. Er begrüßte den Kongreß im Namen des Reichsarbeitsministers und erklärte, daß die Arbeit der Sozialversicherung im Dienst an den Kranken und Versicherten, an den Altten und Invaliden besonders ehrenvoll sei. Aus mißvoller Kleinartigkeit erwächst die große Gesamtleistung einer Sozialversicherung. Diese wurzelt in dem natürlichen Recht bei der Arbeit und bei den ungünstigen Beschaffen des Lebens Mensch zu werden und Mensch zu bleiben. Die Sozialversicherung muß erleben, daß ihr nach 40jährigem Bestehen nachgelagt wird, sie sei ein Frevel am Volk. Dr. Grisefer wandte sich insbesondere gegen den Unternehmerprofessor Dr. Horneffer. Schon manchemal hat sich das Volk selbst seine Ideale geschaffen und danach gelebt, ohne die Führung von Hochschullehrern. Aus der Begrüßungsrede des Nürnbergers Oberbürgermeisters Dr. Luppe, der zugleich im Namen des Deutschen Städtebundes sprach, war die Gegenüberstellung der deutschen und amerikanischen Zustände von Interesse. Auf Grund genauer Studien hat Dr. Luppe die Überzeugung gewonnen, daß vieles aus den Vereinigten Staaten nicht nachahmungswert sei, im Gegenteil machen die USA. den Versuch, die deutsche Fürsorge für alte und invalide Arbeiter zu kopieren. Die Stadtverwaltungen müssen in engere Beziehung zu der Krankenversicherung kommen, weshalb die Bildung von Zweckverbänden notwendig ist.

Als Vertreter der anwesenden Unternehmer und deren Abgetandte und im Auftrag der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und der sonstigen Spitzenverbände nahm der bekannte Dr. Erdmann das Wort. Durch die starke Vertretung der Arbeitgeber auf dieser Tagung wird ein großes Interesse an den Verhandlungen vom Ausdruck gebracht. Namens seiner Auftraggeber müsse er eine grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit der deutschen Sozialversicherung betonen. Die Arbeitgeber seien bereit, an der Überbrückung der Gegensätze mitzuarbeiten. Die Zusammenfassung der Krankenversicherung, wie sie der Hauptverband anstrebt, würde aber nach Meinung der Arbeitgeber zur Retroaktivierung führen und die erwünschte Selbstverwaltung illusorisch machen. — Das sagte der Vertreter großer Unternehmerverbände, denen

fundige Leute nachsagen, daß die Bürokratie nirgends größeres Ausmaß als dort genommen hat.

Der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Hermann Müller betonte, daß die Gewerkschaften jeden Ausbau der Versicherungsorgane nach der Richtung starker Zusammenfassung unterstützen würden. Jedoch würden die Gewerkschaftsvertreter hier keine Rede welle austragen, dazu seien die Delegierten und die verantwortlichen Personen des Hauptverbandes stark genug. Die Krankenversicherung sei ein Wert der Arbeiter und diese würden sich diese Errungenschaft niemals entreißen lassen.

Der Höhepunkt der Tagung wurde durch das großzügige Referat des Vorsitzenden Helmut Lehmann über die „Reform der Reichsversicherungsordnung“ erreicht. Gewandt und schlagfertig ging der Redner den Kritikern und Zauberschwärzern einer neuen Heilslehre in der Sozialpolitik zu Leibe. Die Rationalisierung der Krankenversicherung fand in Lehmann einen berebten Fürsprecher. Was er von der unseligen Zerstückelung dieses wichtigen Zweiges der Sozialversicherung hervorbrachte, mußte auch die Einfältigsten überzeugen, wenn eben nicht in diesen Kassen und Käfigen Methode liegt. Aus der aufschlußreichen Rede heben wir folgendes hervor: Unter Mitwirkung des Preussischen Wohlfahrtsministers entstehen immer neue Kassengebilde, die als ein Hof in bezeichnet werden müssen. Wenn je Vernunft zum Unfuh geworden ist, dann hier. Die Unternehmer, diese Meister der Zusammenballung und Rationalisierung, betrachten die heutige unselige Zerstückelung auf dem Gebiete der Krankenfürsorge als ein Kränkeln Nüchternschikan. Redner fand lebhafteste Zustimmung, als er dies Verhalten mit treffenden Redewendungen kennzeichnete. Die großen Ortskrankenkassen sind in ihrer Verwaltung am billigsten. Dennoch bringen sie Leistungen zustande, die Zwerggebilde niemals leisten können. Auch die Ärzteschaft wendet sich gegen eine zweckmäßige Reform der Krankenversicherung. Dabei hat diese in einer schwierigen Übergangszeit sich nicht nur konsolidiert, sondern auch Leistungen vollbracht, die einzig dastehen. Ausgerechnet beim Spezialrat soll abgebaut werden. Die Erledigung der Reparationschwierigkeiten muß Anlaß zum weiteren Ausbau der Sozialversicherung geben. Nach wie vor muß der Wille der Versicherten entscheidend sein. Die Zeit drängt zur Bildung von großen Kassenverbänden und zu starken Leistungsträgern. Seitens der Betriebskrankenkassen des Betriebskrankentassenverbandes sieht man in der Selbstbestimmung der Versicherten eine Gefahr. Diese Herren scheinen ihrer Sache nicht sicher zu sein. Die Unsicherheit, auf der die Ortskrankenkassen heute stehen, ist zu einer großen Gefahr geworden. Es ist bezeichnend, daß Beschlüsse des Reichstags lediglich auf dem Papier bleiben. Der Referent machte dann eingehende Vorschläge wie die Rationalisierung der Krankentassenversicherung durchgeführt werden kann. Die Gegner derselben machen mit den sogenannten Mammutkassen grauliche Kassen von 40 000 Mitgliedern sollen das Höchste sein. Dabei gibt es in Deutschland Unternehmungen, die mehr als 200 000 Arbeiter beschäftigen. Wo bleibt da der Ruf nach Begrenzung auf eine Höchstzahl. Die Verwaltung großer Kassen ist nachgewiesenermaßen billiger als die der kleinen. Von einer gewöhnlichen Mitarbeit der Unternehmervertreter ist noch nichts zu merken gewesen. Bei allen Vorschlägen hört man immer nur das „Nein“. Das arbeitende Volk hat ein Recht auf Gesundheit und Lebensfreude.

Leisfälle zur Reform der Versicherungsordnung wurden in der vorgeschlagenen Fassung mit großer Mehrheit angenommen. Sie machen die Bahn frei zur Durchführung einer gesundheitsdienlichen Reform der Krankentassenversicherung. Sie enthalten Vorschläge über die Organisation der Krankenversicherung, über den Umfang und die Leistungen derselben. Es dürfte kaum zu verstehen sein, daß diese auf



## Sechzig Jahre Verbandsmitglied



August Schulze in Hannover  
Eingetreten: 26. August 1869 — Jetzt Invalide

## Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Paul Winkler in Leipzig  
Eingetreten: 17. August 1879 — V. G. Feindler, Leipzig.



Grund genauer Beobachtungen und durch jahrzehntelange Erfahrung zum Niederschlag gekommenen Leisfälle nicht zur Grundlage eines großen gesellschaftlichen Wertes werden könnten. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei haben jedenfalls alles zu tun, damit auch in der Krankentassenversicherung stärkste Zusammenfassung und Rationalisierung zur Tatfache werden.

So wichtig die übrigen Verhandlungspunkte im einzelnen auch sind, so können wir doch nur zusammenfassend darüber berichten. Den Geschäftsbericht des Hauptverbandes gab der Geschäftsführer Boshmann. Seine Rede war eine vorzügliche Ergänzung des von Lehmann vorgelegten Materials. In Einzelbildern konnte Boshmann aus dem

Kampfe für die Reform der Sozialversicherung durchschlagende Argumente vorbringen. Er verlangte u. a. die Heraufhebung der Verdienstgrenzen, Erweiterung des Personenkreises, Fahrpreisermäßigung für Krankentassenmitglieder usw. Boshmann konnte von einer günstigen Entwicklung der Verlagsgesellschaft und der übrigen Organe des Hauptverbandes berichten. In seinem Vortrage über „Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Rahmen der Richtlinien über Gesundheitsfürsorge“ erläuterte Geschäftsführer Dr. Traß die Bildung einer Reichsarbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsträger. — Einen sehr interessanten Vortrag hörte der Kongress über „Die Schwangerenfürsorge“ von Frau Dr. Bollhals. Über „Sexualberatung und Krankentassenversicherung“ berichtete Chefarzt Dr. Wendig. — Am Schluß der Tagung wurde über Satzungsänderungen beraten, Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Dem 33. Deutschen Krankentassenkongress kommt angeht die Reform der Reichsversicherungsordnung eine besondere Bedeutung zu. Die Vorschläge dieses großen Parlaments sind wichtige Unterlagen für die Gesetzgeber. Es liegt an den Organen der Arbeiterbewegung diese zu unterstützen und zum Siege zu verhelfen. Den Gewerkschaften kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn letzten Endes sind sie es, die mit der Sozialversicherung auf das Engste ver wachsen sind.

### Das Transferproblem

Der Youngplan und die neue Ausgestaltung des Transferschuldes haben das Transferproblem wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Die Reparationszahlung zerfällt in zwei Problemgruppen: In das Aufbringungs- und in das Transferproblem. Das Aufbringungsproblem besteht in der Frage: Woher, aus welchen Quellen, nehmen wir die Geldmittel, mit denen wir unsere Reparationsschulden zahlen müssen? Der durch den Youngplan noch abzuschließende Dawesplan, in dem eine Jahresleistung von 2½ Milliarden Mark vorgesehen war, hatte genau vorgeschrieben, aus welchen Quellen die Zahlungen geleistet werden, und welche Beträge im einzelnen aus ihnen entnommen werden mußten. Es sollten ausbringen: Der Reichshaushalt aus verschiedenen Steuern 1250 Millionen Mark, die Reichsbahn 660 Millionen Mark, die Verkehrssteuer 290 Millionen Mark und die Industrie 300 Millionen Mark. Beim Youngplan ist die Art und Weise der Aufbringung der Geldmittel etwas weniger beschränkt; immerhin aber muß die Reichsbahn 645 Millionen Mark an Reparationszahlungen leisten. Die Art der Aufbringung des Restes ist in unfer freies Ermessen gestellt.

Saben wir nun die Geldmittel zur Bezahlung unserer Reparationsschulden ausgebracht, so ist damit noch nicht alles getan; denn die Geldmittel, die wir aufgebracht haben, sind deutsches Geld und unsere Gläubiger wollen ihre Forderung in der Währung des jeweiligen Gläubigerlandes bezahlt haben. Da erhebt sich nun ein weiteres Problem: eben das Transferproblem.

Transfer bedeutet Übertragung. Das Transferproblem besteht also in der Frage: Wie übertrage ich die in deutschem Geld ausgebrachten Reparationsleistungen in ausländische Währung ohne nachteilige Folgen für die deutsche Währung und Wirtschaft. Um die Zahlungen in ausländischer Währung leisten zu können, müssen wir ausländisches Geld kaufen oder erwerben. Da nun bei großer Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln und damit verbundenem großen Angebot an deutschem Geld der Preis des ausländischen Geldes steigt, so fällt umgekehrt der Preis des deutschen Geldes: Der Kurs der Reichsmark sinkt. Dies muß nun aber nicht unbedingt eintreffen; denn obwohl die Reparationszahlungen pro Jahr etwa Milliarden ausmachen, braucht die Transferierung bei günstiger Wirtschaftslage Deutschlands noch nicht von nachteiligen

### Die gustav-nagel-orthographie

Ein sehr angesehenes Fachorgan der Buchdrucker besaßt sich im Augustheft in mehreren Artikeln wiederum mit der Kleinschreibung, die nicht ganz unwiderprochen bleiben können deshalb, weil sie der Öffentlichkeit etwas vorzulesen, was ganz und gar nicht der Fall ist, nämlich: daß der Buchdrucker ein großes Interesse an der Kleinschreibung sämtlicher Wörter hätte. Die verschiedenen Mätschen der Hundstage müssen der Wahrheit halber ein bißchen aufgeschoben werden. Zuerst sei richtiggestellt: daß kein zivilisiertes Volk bis heute die Verfallsbuchstaben „abgeschafft“ hat. Ferner: Engländer, Franzosen, Schweden usw. zeichnen ihre Personen und Eigennamen, erdunliche oder Ländernamen usw. auch heute noch mit dem Großbuchstaben aus. Denn auch diese hochstehenden Kulturvölker haben erkannt, daß die Abschaffung eine betragenswerte Verhässlichung der gesamten Literatur mit sich bringen würde. Tausend andre Gründe könnte man noch für Beibehaltung der Verfallsbuchstaben vorbringen, doch sind hierüber schon soviel Tintenströme geflossen, daß sich eigentlich jedes weitere Wort erübrigt. Nur einige Gründe sollen noch hervorgehoben werden: Wir Arbeiter bekämpfen grundtätlich Kirche, Militarismus als Verdummungsobjekte und streben nach geistiger Befreiung. Die Kleinschreibung kann in gleiche Parallele gesetzt werden. Warum? Sie veretelt dem Arbeiter jegliche Rekläre vollständig bei seiner knappen Zeit. Hier will er bestimmt nicht „unlernen“. Es wäre eine neue Belastung und keine Entlastung seines Hirns. Weiter

würde er völlig dem Radio, Vortrag, Kino ausgeliefert werden. Ein Interesse kann nur der Unternehmer für die Kleinschreibung haben. Die Setzer und Korrektoren würden das recht schmerzbar merken. Wir Arbeiter haben aber keine Ursache, das Heer der Arbeitslosen willkürlich zu vermehren, da sorgen schon die Maschinen dafür. Und wir sehen die angeblichen „Fortschritte“ aus? Geben wir einem berufenen Kenner der Sprachwissenschaften, Dr. Borgius, das Wort. Er schreibt im Börsenblatt vom 3. März 1928: „In früheren Zeitaltern, als ich noch jung und unbedacht war, habe ich mich selbst in Wort und Schrift genugsam über den „Anfang der Großschreibung“ aufgeregt, aber die Praxis hat mich eines Besseren belehrt. Ich gebe zu, daß tatsächliche Mißverständnisse eine seltene Folge der Kleinschreibung aller Wortarten sind. Doch soll man ihr Vorkommen nicht mit lächelndem Gleichmut abtun. Der Satz: „wenn wir deutsche gelehrt reden hören“ kann einen total verschiedenen Sinn haben. Solche Wendungen kommen öfter vor als man denkt. Folgende Beispiele sollen das erläutern: „was ist der liebe Iob“, „der einjährige adolf maier“, „ein haus, in dem kühe und strenger freundschaft und liebe überwogen“, „gott könt mit seiner stimme laul“, „hilf uns pilgern ins vaterland“, „der verfolgte flos“, „wer ist bräutigam und braut zugleich“ usw. — Der Hinweis auf die sogenannte Unterlaken in Bezug auf die Entstehung der Großbuchstaben sinkt so gewaltig, daß man darüber überhaupt nicht diskutieren kann. Etwas Neues ist die Bewegung auch nicht, denn lange vor dem Kriege und Bauhausstil wurde sie von Grimm, gustav nagel,

Wassermann angewandt. „Aufgewärmtes“ wird aber das durch noch lange kein „Fortschritt“, selbst wenn man es in angeblich moderne Druckfassen kleidet, auch nicht, wenn die „gewerkschaft deutscher volkschullehrer“ die Großbuchstaben in Grund und Boden verdammt. Und über die Fraktur wird begehrenderweise kein Wörtchen gesprochen. Sie egzistiert nicht mehr!

Unsere Muttersprache ist nie einer „Mode“ unterworfen gewesen und niemand kann sie mit dem Eiseisen Kopf auf eine Stufe stellen. Sie braucht eine organische Entwicklung. (Siehe auch „Schriftgänger-Mitteilungen“ 1928 und „Sprachwart“ 1929.) Selbstverständlich geht die Entwicklung für uns heutige Maschinenmenschen viel zu langsam. Das liegt aber am antiken Apparat, nicht an den Buchdruckern. An Vorschlägen zur Vereinfachung der Rechtschreibung hat es nie gefehlt. In Wort und Schrift sind wir bei der Neubearbeitung des Duden hervorgetreten für eine einfache, einheitliche Rechtschreibung in Frage der Großbuchstaben. Resultat: Negativ (siehe Großer Duden!) Andererseits können wir dem Kinde nicht gleich den Kopf abhacken. Die geheiligte „Trabition“ liegt man auf allen Gebieten des Lebens noch munter waken. Nicht ganz mit Unrecht oft. Nur ein Einheitsstaat oder eine Mätereigierung könnte unsere Muttersprache einst mal radikal ummodern. Bis dahin wird aber die Kleinschreibung das Privatvergnügen weniger Personen bleiben müssen. Wir Buchdrucker sollten aber im ureigensten Interesse die Finger von solchen brenzligen Fragen lassen, bei solchen „Fortschritten“ können sie schließlich einmal verbrennen. emil rückständig (Leipzig).

Folgen für die Währung begleitet zu sein. Tritt aber eine Wirtschaftskrise größeren Umfangs und längerer Dauer ein und müssen wir trotzdem die Reparationszahlungen aufbringen und transferieren, so ist es sehr leicht möglich, daß der Markkurs fällt; und wohin das führen kann, haben wir aus der Inflation gelernt.

Diese Gefahr haben auch unsere Gläubiger erkannt und da sie ein Interesse daran haben (damit wir überhaupt zahlen können) unsere wirtschaftlichen Verhältnisse und unsere Währung stabil zu sehen, schufen sie im Wappplan den sogenannten Transfereschuß, der den Schutz unserer Währung bezweckt. Wenn nach Feststellung des aus Ausländern bestehenden Transferrates die weitere Umwandlung in fremde Zahlungsmittel der in deutschem Gelde auf das Konto des Reparationsagenten einzuschleusen Summen die deutsche Währung gefährden würde, dürfen diese Reichsmarksummen vorläufig nicht weiter transferiert, d. h. in ausländisches Geld umgewandelt werden. Dieser Transfereschuß bleibt — bis auf 600 Millionen Mark pro Jahr, die auf jeden Fall aufgebracht und transferiert werden müssen — auch im Youngplan bestehen, nur daß er nicht mehr von der Entscheidung eines aus Ausländern bestehenden Transferrates abhängig ist. Die Verantwortung für die Transferierung ist vom Transferrate und zum Reparationsagenten auf die deutsche Regierung übergegangen; letztere braucht nach den Bestimmungen des Youngplans künftig zur Bewirtung einer Unterbrechung der Transferierung nur zu erklären, daß sie die Transferierung aussetzen wolle, da die weitere sofortige Ausführung des Youngplans von schädlicher Wirkung auf die deutsche Wirtschaft sei. Deutschland kann einen Transfereschuß bis zu zwei Jahren erhalten; während dieser Transferierungsunterbrechung jaßt Deutschland Zinsen, die 1 Proz. über Bankfuß und mindestens 5 1/2 Proz. betragen. Außerdem kann Deutschland nach einjähriger Dauer des Transfereschußes einen Ausführungsausschub für die Hälfte des vom Transfereschuß betroffenen Betrages erhalten.

Von hoher Warte aus gesehen ist aber der Transfereschuß auch im Youngplan sehr problematischer Natur; denn wenn Deutschland aus Grund des Youngplans keine Reparationszahlungen aussetzt, so kann das nachteilige Folgen für den deutschen Kredit haben, deren Größe nicht abzusehen ist. Man wird deshalb gut tun, auf die Möglichkeit des Transfereschußes nur im äußersten Notfall zurückzugreifen, um künftig nicht dadurch Wirtschaftskrisen noch zu verschärfen. Wlg.

### Korrespondenzen

**Ansbad.** Unsere Frühjahrss-Bezirksversammlung des Bezirks Ansbad am Sonntag, dem 7. Juli, im „Aderbräu“-Saal in Gunzenhausen, war bis auf den Drucker Windsheim, der wegen schlechter Bahnverbindung nicht vertreten war, von 85 Kollegen aus dem ganzen Bezirk besetzt. Als Gäste waren 14 Kollegen aus Nördlingen erschienen. Die „Typographia“ leitete mit einem gut vorgetragenen Gutenbergs-Chor die Versammlung ein. Vorsitzender Krieb (Ansbad) gedachte sodann unseres verstorbenen Vorstandsvorsitzenden, Kollegen Seitz, sowie der seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen Hahne, Kurz und Erdmannsdörfer vom Drucker Ansbad. Die Versammlung ehrte das Andenken der Toten in üblicher Weise. Sodann konnten für 25jährige Treue zur Organisation die Kollegen S u b e d u n g e r (Ansbad) sowie der Vorsitzende des Ortsvereins Rothenburg o. d. T., Kollege H o r b e r, geehrt werden. Den Kollegen wurde als Andenken an diesen Ehrenstag eine silberne Verbandsmedaille überreicht. Im Mittelpunkt der Versammlung stand das Referat des Kollegen S c h n i t z e r (Wirzburg) über die Verhandlungen des 14. Verbandstages in Frankfurt a. M. In kurzen Zügen gab der Redner ein klares Bild von der schwierigen Arbeit unseres Verbandspartements und erläuterte insbesondere die dort gefassten Beschlüsse eingehend. Reicher Beifall beehrte den Referenten für seine Ausführungen. In der Diskussion kam in allgemeiner die Zustimmung der Kollegen zu den gefassten Beschlüssen des Verbandstages zum Ausdruck. Nur in der Zweifelsunterstützung ist ein etwas höheres Ergebnis erwartet worden. Die übrigen Punkte der Tagesordnung fanden rasche Erledigung. Ein Antrag des Ortsvereins Rothenburg o. d. T., künftig im Jahre nur eine Bezirksversammlung abzuhalten, wurde abgelehnt, da den Bezirksversammlungen besonders für die kleineren Druckorte unbedingt ein hoher agitatorischer Wert beigemessen werden kann und muß. Für die Herbst-Bezirksversammlung wurde sodann Offenheim als Tagungsort bestimmt. In vorgelerbter Mittagsstunde fand die sehr anregend verlaufene Versammlung ihr Ende. — Bei Musik, Gesang und humoristischen Vorträgen blieben die Kollegen am Nachmittag und zum großen Teil bis in die Abendstunden beisammen, und lehrten hochbefriedigt mit den letzten Abendzügen in ihre Heimatorte zurück.

**Barmen.** Unsere gutbesuchte Bezirksversammlung am 14. Juli tagte im Schwelmer, „Gewerkschaftshaus“, einer sehr schönen Gaststätte, die vor einiger Zeit vom Metallarbeiterverband käuflich erworben wurde. Vorsitzender Beckingrath eröffnete nach einigen Begrüßungswörtern durch den Kollegen T h o n (Schwelm) und dem Vortrag des Chores „Empor zum Licht“ durch die „Typographia“ Barmen die Versammlung. Er machte u. a. aufmerksamer auf die Verlängerung der Krisenunterstützung und bat die lautstimmigen und geschlossenen Kollegen um Abgabe ihrer Adresse. Kollege S o d a n n (Schwelm) berichtete, ausgezogen wurden die Kollegen Kuhlen und Ernst Schradard; letzterer wegen Streifbuchs in der Solinger „Arbeiterstimme“. Zur Aufnahme gelangten vier Kollegen. Das größte Interesse fand der Bericht des Kollegen Beckingrath vom Frankfurter Verbandstag. In die feierlich aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine

sehr lebhaft Diskussion. Zu dem Verhalten der Brandenburgischen Maschinenfabrikvereinigung war man geteilter Meinung. Zu der Auflösung der Sonderfeste, insbesondere der jahrzehntelang bestehenden Sterbefeste des Gauces Rheinland-Westfalen, mißbilligten sämtliche Redner das Vorgehen des Verbandstages, das mehr als 10000 Mitglieder im genannten Gau alle Anrechte nehme. Man hoffte, daß der Gautag Wege finden wird, um die Härten zu mildern. Zum Gautag wurden drei Anträge angenommen und die Delegierten aufgestellt. Nach einigen interneren Angelegenheiten wurde die Versammlung gegen 7 1/2 Uhr geschlossen.

**Bremen.** Unsere Bezirksversammlung am Sonntag, dem 7. Juli, galt der Berichterstattung vom 14. Verbandstag in Frankfurt a. M. Die Versammlung war auf einen Sonntag verlegt, um allen Spartenangehörigen, die sonst durch Wechselschicht und Nacharbeit vielfach an der Teilnahme von Nebenveranstaltungen verhindert sind, Gelegenheit zu geben, über die tiefergehenden und weitgehenden materiellen und ideellen Beschlüsse des Verbandstages ihr Wort abzugeben zu können. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und nach Hinweis auf das Jubiläum erhielt Bezirksvorsitzender G o l e r t das Wort zur Berichterstattung. Er führte einleitend aus, daß die Signatur, die der 14. Verbandstag diesmal erhalten würde, schon aus den vorhergehenden Auseinandersetzungen im „Korr.“ zu sehen war. In erster Linie war es eine materielle Signatur. In dieser Beziehung könne man die Tagung als den Verbandstag der inneren Reformen bezeichnen. Aber auch in ideeller Beziehung, was die Fragen der Verbände, Gewerbe- und Lohnpolitik anbelangt, sei eine erfolgreiche Arbeit geleistet worden, die, wenn es auch nicht immer zur reiblichen Klärung gekommen sei, doch viel zur inneren Festigung und Konsolidierung des Verbandes beigetragen hätte. Für alle, die die Zeichen der Zeit zu deuten verständen, sei namentlich auch der Empfang unseres Arbeiterparlamentes durch die städtischen Behörden ein deutlicher Beweis dafür gewesen, wie im Wandel der Zeiten sich die gesellschaftliche Arbeit auswirke, daß sie über die engen Grenzen des Berufes hinaus das gesamte öffentliche Leben beeinflussen und deutlich zeige, daß die Arbeiterschaft dabei sei, zur Bewirkung ihrer Ideen zu schreiten. Dies müsse jedes Verbandsmitglied veranlassen, mehr noch als bisher Anteil zu nehmen an allen Organisationsfragen. Der Verbandstag habe, so führte Redner weiter aus, das Bestreben gehabt, das Schwergewicht der Unterführungen von den Gauen und Bezirken in die Zentrale zu verlegen. Wenn es dabei namentlich im Hinblick auf unsere Sterbeunterstützungskasse, auf die Aufhebung dieser bisher gescheiterten Einrichtung ankäme, so sei das gewiß schmerzhaft. Wollte man aber die zentrale Einheitskasse im ganzen Unterführungsweisen herbeiführen, so sei jetzt der geeignete Zeitpunkt, weil verbandseitig gemeinsame Unterstützung um 50 Proz. erhöht wurde. Was vor allem in Betracht zu ziehen sei, wäre der Umfang, daß es uns möglich sei, die beschlossene Erhöhung des Verbandsbeitrages um 30 Pf. sich nicht auswirken zu lassen, und es bei einer geringeren Erhöhung belassen zu können, denn auch die Beitragshöhe habe ihre Grenzen. Im übrigen sei ein Verbandsbeschlusses für uns oberstes Gesetz, ganz gleich, wie man auch bei berechtigter Kritik dazu stände. Nachdem die Erhöhung der Reiseunterstützung erwägt war, wandte sich Redner der Unfallentfalte zu, die er als die Hoffnung unserer älteren Kollegen bezeichne. Es müsse aber gesagt werden, daß bei der fast wachsenden Zahl der invaliden Kollegen keine falschen Hoffnungen geweckt werden dürften. Nichts sei bedenklicher, als bei diesem wichtigen Unterstützungszweck übers Ziel zu schießen, deshalb glaube er, daß nach sorgfältigen Berechnungen der Verbandstag bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Bei der Erörterung der ideellen Tagesordnungspunkte fand vor allem der § 1 der Satzungen Erwähnung. Der Verbandstag habe eine Änderung nicht zugelassen, daher sei dieser Paragraph als Eingangstor unserer Satzungen bedenklich. Entgegen dem Wertsportvereinen, waterländischen Verbänden usw. wurde auf die Arbeiterportvereine hingewiesen und betont, daß immer wieder darauf hingewirkt werden müsse, daß überzeugte Gewerkschaftler nicht in die waterländischen und Wertsportvereine hineingehören. Gegen schädliche Maßnahmen viele unserer Statut Maßnahmen. Die Wertsportvereine habe nach Lage der Sache nicht reiflos gefäkt werden können, sie bleibe nach wie vor überzeugungslos. Nachdem gleicherweise sämtliche Spartenangelegenheiten Erwähnung gefunden hatten, erlosch der Redner um gerechte Kritik über die Beschlüsse des 14. Verbandstages. Auf Beschluß der Versammlung wurde die Aussprache für eine in Kürze zu veranfaltende Versammlung verlagt. — Am Sonntag, dem 14. Juli, fand die Fortsetzung der Versammlung mit der Tagesordnung: „Aussprache über die Verhandlungen des 14. Verbandstages in Frankfurt a. M.“, statt. In „Geschäftlichem“ erinnerte Bezirksvorsitzender G o l e r t daran, daß alle an den „Korr.“ zu richtenden derartigen Artikel den Organisationsvorständen vorzulegen sind. In nicht objektiver Weise streifte ein Kollege die Urkautfrage eines Großbetriebes, brachte aber nicht den Mut auf, den Artikel mit seinem richtigen Namen und Wohnung zu bedenken. Hierauf gab Kollege G o l e r t nochmals eine kurzen Überblick seines Berichtes, dem dann eine recht lebhaft Aussprache folgte. Die wichtigsten Fragen fanden in einer kritischen Betrachtung, wobei der Abbau der Zuschußkassen besondere Erwähnung fand. Wenn die Zentralisation des Unterstützungswesens als eine bedingte Notwendigkeit anerkannt werden soll, so bedeutet die Aufhebung der Sterbefeste für die älteren Mitglieder eine empfindliche Härte, besteht doch die Bremer Kasse an 100 Jahre. Die langjährigen, mit großen finanziellen Opfern erworbenen Rechte gehen diesen Kollegen mit einem Schlage verloren. Aber trotzdem wird die Bremer Mittelkassenschaft gewerkschaftliche Disziplin üben und die Beschlüsse des Verbandstages als oberstes Gesetz zur Durchführung bringen. In der Aussprache beteiligten sich zwölf Redner. Leider verlor sich die Aussprache nachher zu sehr in Spartenangelegenheiten, in der die Maschinenlehrefrage besonders betont wurde. Nach einem mit Mehrheit angenommenen Schlußantrag ging Kollege G o l e r t in

seinem Schlußwort auf die Aussprache ein und betonte, daß nach den tiefgreifenden Beschlüssen des Verbandstages eine gerechte Kritik, wie zu erwarten war, stattgefunden hätte, in der doch schließlich zum Ausdruck kam, daß der Verband als solcher über alles stehe. Unter „Verschiedenem“ fanden einige interne Angelegenheiten Erledigung. Infolge des außergewöhnlich schönen Sommertages war die Versammlung nurmäßig besetzt.

**M. Düsseldorf.** In der außerordentlichen Bezirksversammlung am 13. Juli erstattete Kollege M a y den Bericht vom Verbandstag in Frankfurt a. M. Er ließ die auf dem Verbandstag aufgeworfenen Probleme und die gefassten Beschlüsse noch einmal Revue passieren, um am Schluß seiner Genugtuung Ausdruck zu geben über die feltene Einmütigkeit, wenn auch nicht immer Einkimmigkeit, mit der der Verbandstag seinen Aufgaben gerecht wurde, obwar in manchen Fragen die Hoffnungen und Wünsche der Mitglieder nicht erfüllt werden konnten. Aber das mit starkem Beifall aufgenommene Referat konnte leider eine Aussprache nicht stattfinden, da vorher behandelte örtliche Angelegenheiten einen so breiten Raum eingenommen hatten, daß die Zeit zu weit vorgeschritten war. Die Aussprache wurde auf die nächste Versammlung verlagt. Die Versammlung nahm dann noch Stellung zu Anträgen zum Gautag, des weiteten wurden die Kandidaten zum Gautag aufgestellt. — Am 20. Juli fand im Saal des „Zoo“ das Jubiläum statt, mit dem wiederum eine Ehrung der Jubilare verbunden war. Zum erstenmal hatte Düsseldorf einen Jubilär mit 60jähriger Verbandszugehörigkeit zu ehren: Heinrich B o l l i g. Weitere fünf Kollegen mit mehr als 40jähriger Verbandszugehörigkeit: Otto B e d e r, Georg G e m m e d e r, Franz M a t t u s, Joseph S c h w e i t e r und Robert L h r u t t, reichten sich jenem altkämpferigen Verbandsjubilaren an, deren Kreis durch die Erweiterung von weiteren 27 Kollegen, die in diesem Jahre 25 Jahre dem Verbandsangehören, noch größer wurde. Ihnen allen galt die Begrüßungsworte des Vorsitzenden, Kollegen S c h i n d e l d e k e r, und die Ansprache des Gauvorsitzenden, Kollegen B e r t r a m, für die im Auftrag der Jubilare Kollege H i r s h dankte. Wirkungssoff vorgetragen wurde von der Gewerkschaftsjugend ein den Jubilaren gewidmeter Sprechchor; große Anerkennung fand auch das Auftreten des Streichorchesters der Lehrlingsabteilung unter der Leitung des Jungbuchdruckers P. B e r g e n. Gesangverein „Gutenbergs“ und „Zoo-Orchester“ bestritten den weiteren künstlerischen Teil, und der zweite Teil des Programms war dem Humor gewidmet, wobei der Düsseldorfer Humorist Robert N o m m e n b r u c h und der Kölner Jupp C r e m e r mit dem Humor ihrer Vaterstädte in Konkurrenz traten. Organisatorisch und gefellig war das Fest ein voller Erfolg.

**Goslar.** In der Monatsversammlung am 14. Juli fand als einziger Punkt auf der Tagesordnung der Bericht des Bezirksvorsitzenden F r e u t e l (Hildesheim) über den 14. Verbandstag in Frankfurt a. M. Der Referent verstand es, seine Zuhörer in vorzüglicher Weise über den Verlauf des Verbandstages und die Beratung der Verhandlungsgegenstände zu unterrichten. Allseitiger Beifall beehrte den Redner für seine Ausführungen. In der Aussprache wurde lebhaft debattiert, daß mit dem 1. Oktober 1929 alle Sonderunterstützungskassen, wozu auch unsere Bezirkswohlfahrtskasse gehört, aufgelöst werden sollen. Kollege F r e u t e l konnte feststellen, daß die Versammlung mit den auf dem Verbandstag gefassten Beschlüssen im großen und ganzen einverstanden ist. Leider ließ der Besuch der Versammlung, an der auch zwei Klaustaler Kollegen teilnahmen, zu wünschigen übrig.

**Kaiserslautern.** Unsere Bezirksversammlung am Sonntag, dem 14. Juli 1929, vormittags 10 Uhr, im „Volks-haus“ zu Birzmalen, hatte einen schätzenswerten Besuch aufzuweisen. Eingangs ehrten die Versammelten das Andenken eines verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen seitens des Vorsitzenden und Entgegennahme des Reservenberichts referierte Kollege J u n g t (Mannheim) als Berichtserfasser über den Verbandstag. Der Redner streifte die wichtigsten Beschlüsse des Verbandstages, außerdem machte er den Versammelten klar, mit welchen schwierigen, wirtschaftlichen Fragen sich die Gewerkschaften befassen müssen, um das gesteckte Ziel zu erringen. Lebhafter Beifall und nur einige Anfragen zeigten von dem Verständnis der Kollegen für die Verhandlungen des Verbandstages. In seinem Schlußwort erledigte der Referent einige Anfragen und schloß mit dem Wunsch, daß der 14. Verbandstag zu Frankfurt a. M. ein weiterer Meilenstein auf dem Entwicklungswege unserer Organisation sei. Nach dem Dank der Versammelten durch den Vorsitzenden wurde ein weiterer Punkt der Tagesordnung erledigt. Da unter Verschiedenem sonst nichts vorlag, war damit die von 80 Kollegen besuchte Versammlung beendet.

**v. Reutenberg.** Am Montag, dem 19. August, dem Todes-tage des „alten Varden“ Albert M a s s i n i, ehrten die im Genußungsheim weilenden Berufsangehörigen sein Andenken durch korporativen Besuch des Massini-Steiens und einen Blumengruß. Auch Frau Massini mit ihren Töchtern brachten ihrem Toten Blumen und weiheten ihm ein stilles Gebedenken.

**Wingberg.** (M a s s i n i e n s e h e r.) Am 14. Juli hielt der Ortsverein eine gutbesuchte Versammlung im „Artushof“ ab. Neben geschäftlichen und tariffischen Mitteilungen, wobei der Hauptpunkt der Tagesordnung die Berichterstattung vom 6. Deutschen Maschinenlehretkongress in Frankfurt a. M., die durch den Kollegen W i n t e r erfolgte. Der Redner gab ein anschauliches Bild dieser Beratungen, und der reiche Beifall zeigte, mit welcher lebhaftem Interesse die Anwesenden den Ausführungen gefolgt waren. Der Vorsitzende L i e t e n e r g dankte dem Vortragenden, der als einziger der Delegierten seit Bestehen der Maschinenlehrevereinerungen leben Konkrete besetzt habe, und hob die geistige Freiheit hervor, mit der Kollege Winter den Bericht gegeben habe. Sodann folgte eine rege Aussprache über die Ausführungen. Sodann wurde über die Bezirksversammlung, die im Herbst in Schönebeck a. E. stattfinden soll, gesprochen. Es wurde als Tag der 13. September festgesetzt. Neben der Beschäftigung der Intertypen ist ein Wort

trag über elektrische Beheizung an Sechsmaschinen (System Engelap) geplant. Kollege Winter wird bei dieser Gelegenheit noch einmal einen Bericht vom Kongress geben, um ihn so allen Mitgliedern des weitverzweigten Bezirks zugänglich zu machen.

**Wünschen.** (S and s e k e r.) Zum 18. Juli hatten wir im „Gewerkschaftshaus“ eine allgemeine Handfeger-versammlung einberufen, in der unser Kollege Otto F i e d e l e r (Berlin) einen interessanten Vortrag über „Handfegerstagen und Handfegerpartei“ hielt. Nach einleitenden Worten über die Beschlüsse des letzten Verbandstages behandelte der Redner die Bestrebungen und Erfolge der Spartenbewegung und die Entwicklung der Technik im Buchdruckgewerbe in den letzten Jahrzehnten. Während die andern Sparten sich diese Entwicklung zunutze machen konnten, sind die Handfeger dazu in Ermangelung einer Sparte nicht imstande gewesen, so daß diese nun, nachdem der Verbandstag ihnen auch das Recht der Spartenbildung zuerkannt hat, trachten mühten, das bisher Vermägen nachzuholen, und zwar dadurch, daß sie durch vollständigen Zusammenschluß in den Handfegervereinigungen sich die Kräfte schafften, die ihnen zur Verbesserung ihrer Lage helfen. Dies müße aber immer im Hinblick auf die Gesamtarbeiterschaft geschehen. In einer kurzen Aussprache wurden die Ausführungen des Referenten unterfüttert und betont, daß nur durch engen Zusammenschluß aller Handfeger und durch Aufführung über organisatorische und tarifliche Fragen die Verhältnisse der Handfeger gebessert werden können.

**Ordnung.** Die Bezirksversammlung der Bezirke Würzen und Döbeln am Sonntag, dem 14. Juli, in Orsha, wurde durch zwei Lieber des „Vollstohrs“ Orsha eingeleitet. Kollege W i l l e r t (Orsha) begrüßte die erschienenen Kollegen, insbesondere den Vertreter des Gauvorsitzandes, Kollegen Lehmann (Dresden) und den Kollegen G o r w i j s h (Birnau), als Referenten und heißt alle im gastlichen Orsha herzlich willkommen. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung und Erledigung weiterer Formalitäten durch den Bezirksvorsitzenden G e r a n d (Würzen) nimmt der Referent das Wort zu seinem Bericht über den Verbandstag in Frankfurt a. M. Zusammengefaßt und leichtverständlich behandelt der Redner die zielbewußte Aufbauarbeit und den Aufstieg unserer Organisation in den letzten Jahren. Anschließend hieran schildert er den Verlauf der Beratungen, die Behandlung der Anträge, die durchgreifende Arbeit der Delegierten in den gewählten Kommissionen, und als Endergebnis die Beschlüsse des Verbandstages. In der anschließenden Aussprache wurde beauftragt, daß die Beschlüsse, die den Inhabern des Berufs, die patriotischen Verbände, die Neueinleiher der Gaue, die neuen Unterstützungsämter, die Weisener betreffend, nicht klar formuliert worden sind. Im Schlußwort wurden die kritischen Punkte nochmals behandelt und auffällende Worte des Kollegen Lehmann erreicht, daß von der Versammlung folgende Entschlüsse einstimmig angenommen wurde: „Die anwesenden Kollegen der Bezirke Döbeln und Würzen kennen die geleistete Arbeit der Delegierten und der Verbandssleitung insbesondere an und erklären sich mit den gefassten Beschlüssen des Verbandstages einverstanden.“ Als nächster Tagungsort für die nächste Bezirksversammlung im Bezirk Würzen wurde Brandis bestimmt. Von den Bezirken Döbeln und Würzen waren 92 Kollegen anwesend. Ein gemeinsamer Spaziergang und gemüthliches Beisammensein der Kollegen bis zum späten Abend beschloß die gutverlaufene Versammlung.

**Zittau.** Wunschgemäß liefen wir diesmal unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung am 14. Juli in R i e h e n a u a d. Unmittelbar anschließend war eine Ausstellung und Besprechung des „Preisa“-Wettbewerbs durch Kollegen Walter, Dresden, geplant. Ferner war für Nachmittags ein gefelliges Beisammensein vorgesehen. Dieser wichtigen Tagesordnung entsprachen, die auch einen Bericht des Kollegen Hoffmann (Dresden) über den Verbandstag enthielt, hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden. Vorlesender F r a e l entbot den Willkommen, dem sich Kollege S i n k e im Namen des Ortsvereins Reichenau anschloß. Besondere Begrüßung fanden die zwei Dresdener Referenten durch den Vorlesenden der Ortsgruppe Zittau im Bildungsverbände der Deutschen Buchdrucker, Kollegen J u n e r, der sich um die Ermöglichung der „Preisa“-Wettbewerbsschau bemüht hat. Wie üblich, trug auch diesmal der Gesangereiter „Gutenberg“ ein Lied vor, ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde. Die Feststellung der Anwesenheit ergab, daß diesmal neben Mittelherwigsdorf auch Neugersdorf nicht vertreten war. Hierauf ergriff Kollege S o f f m a n n (Dresden) das Wort zu seinem Bericht vom Verbandstag. Nach kurzer Einleitung triftete er die wichtigsten Anträge und wußte deren einmütige, nutzbringende Erledigung in fesselnder Weise zu schildern. Wohlverdienter Beifall dankte ihm. Es schloß sich eine kurze Debatte an, die sich hauptsächlich auf die unrichtigen Invidienunterstützung bezog. Die nachfolgenden Berichte aus dem Bezirksort waren bis auf eine Ausnahme gut. Ein Vorschlag, das vorgesehene Lehrlingsreffen am 20. Oktober in Zittau abzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Unter „Beschlüssen“ wurde eine Kontrolle der Überstunden anregt. Pflicht der Kollegen aber ist es, Überstunden überhaupt zu vermeiden. Nach kurzer Pause ergriff Kollege W a l t e r das Wort zu seiner Besprechung des „Preisa“-Wettbewerbs. Seine äußerst interessanten Ausführungen fanden durch die ausgefallenen Entwürfe eine wirksame Unterstützung. Holzschnit, Aquarelle, Photographie, Altes und Neues boten seiner unergründlichen Stoff. Die Versammlung dankte mit reichem Beifall. Viel Interesse fanden auch die zur Schau gestellten Druckarbeiten der Reichenauer Kollegen. Der Einfluß des Bildungsverbandes war in den guten Arbeiten unverkennbar. Dieser anregenden Vormittags-Versammlung schloß sich nachmittags ein gefelliges Beisammensein im „Schützenhaus“-Saal an. Dort ließ echter Buchdruckgeist bei Gesang, Tanz und Scherz den Mittag verfließen. Ungern verabschiedeten sich die Kollegen bei den „Reichenauern“, die sich um die Ausgestaltung dieser kleinen Festlichkeit bemüht hatten.

### Allgemeine Rundschau

**Antiaristischer Lohn.** In Nr. 62 der „Papier-Zeitung“ wird einem Lehrern, der es verstanden hat, seinem Lehrling während der Dauer der Lehrzeit ein geringeres Kostgeld zu zahlen, als es Tarif und Lehrlingsordnung vorsehen, empfohlen, gegenüber einer Klage auf Nachzahlung, darzutun, daß erstens überhaupt kein Arbeitsvertrag in Frage kommt, und zweitens, daß stillschweigender Verzicht vorliegt. Das empfiehlt der rechtskundige Mitarbeiter der „Papier-Zeitung“ dem Lohndrücker, obwohl er ihm vorher auseinandergesetzt hat, daß ein stillschweigender Verzicht nur dann angenommen werden kann, wenn der Arbeitnehmer in Kenntnis seines Rechts auf höheren Lohn den niedrigeren Lohn widerprüchlich und nicht nur aus einer wirtschaftlichen Zwangsfrage heraus angenommen habe. Welchen Bestrebungen dieser rechtskundige Mitarbeiter damit Vorzug leistet, zeigt eine erneute Zuschrift eines angeltig gewordenen andern Lohndrücker, der der „Papier-Zeitung“ folgendes schreibt:

Wir haben die Auskunft über die stilltliche Nachzahlung von Lohn, der nach dem Vertragsvertrag an Bestelle gerandt wurde, bei Verbindlichkeitsverfänger mit Interesse gelesen; für einen unfreus Erstantz ähnlich liegenden Fall erbitten wir ebenfalls Ihre Dankstänkung.

Wir beschließen einen Vordrucker und einen Kassierereiner — beide schon seit Jahre zu einem fest vereinbarten Lohn, der unter dem Tariflohn liegt. Irgegendem Verbands gehören wir nicht an, so daß uns der genaue Tariflohn nicht bekannt ist und war. Irgegendem Reklamator der Arbeitnehmer betreffs Höhe des Lohnes ist niemals erfolgt, auch besteht keine schriftliche Abmachung oder Arbeitsvertrag. Nach dieser Auskunft wären wir also bei einer Klage der Arbeitnehmer gewonnen, eine Lohnnachzahlung vorzunehmen, trotzdem wir nach Treu und Glauben gehandelt haben und keinerlei Widersprüche erfolgt ist. Einer der Arbeitnehmer zeigte uns vor einiger Zeit einen Tarifvertrag, doch erklärte er mir nicht, nachdem der Lohn etwas erhöht wurde, mit diesem unter dem Tarif liegenden Lohn zufrieden zu sein. Wir bitten Sie höflich um Mitteilung, durch welchen schriftlichen oder mündlichen Vertrag mit unsern Arbeitnehmern wir uns gegen eine Nachforderung schützen können, zumal in bei jahrelanger Dienstleistung der Arbeitnehmer dieser ihre Arbeit ganz auf zu gefallen sehen. Haben Arbeitnehmer das Recht, Nachforderungen für die ganze Zeit der Arbeitsleistung zu stellen, oder verliert ein solcher Anspruch wie jede andere Forderung nach zwei Jahren?

Der rechtskundige Mitarbeiter verweist auch diesen Lohndrücker auf dasselbe Hintertreiben und empfiehlt ihm für den Fall, daß es so herum nicht geht, sich „schriftliche Verzichtserklärungen von ihren Arbeitnehmern ausstellen zu lassen, etwa des Inhalts, daß sie mit dem vereinbarten und bisher gezahlten Lohn einverstanden sind und auf Nachzahlung des ihnen bekannten, höheren Tariflohnes verzichten“. Eine derartige Empfehlung ist unerhörte. Auch der rechtskundige Mitarbeiter der „Papier-Zeitung“ sollte wissen, daß ein so zustande gekommener Revers gegen Treu und Glauben verstößt. Man solle von der Redaktion der „Papier-Zeitung“ annehmen dürfen, daß sie sich nicht beugen läßt, Lohndrücker noch juristische Rezepte auszustellen, daß sie es vielmehr als eine Zeitschrift des graphischen Gewerbes als ihre sittliche Pflicht ansehen müße, Helffen und Prinzipale in ihrem Kampf um den Mindestlohn resp. um die Einhaltung des Preisstarfs, der ja durch solche Lohndrücker meistens unterbunden wird, zu unterstützen.

**Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Bereichs.** Für die vom 7. bis 9. September nach Mainz einberufene 59. Ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Bereichs e. V., die mit der Feier des 60jährigen Bestehens verbunden ist, entnehmen wir der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ Nr. 68 folgende Programmpunkte: Sonnabend, dem 7. September, feierliche Eröffnung der Tagung im Akademiesaal des künftigen Schlosses mit anschließender Begrüßung in der Stadthalle. Für die Hauptversammlung sind unter andern vorgelesen ein Vortrag von Professor Dr. Wig B r i e h (Berlin) über „Wirtschaftstragen des Buchdruckgewerbes im Rahmen der Gesamtwirtschaft“, ein Vortrag von Generaldirektor Dr. Woelfel (Berlin) über „Die sozialpolitische Lage, besonders im Buchdruckgewerbe“ und weitere Vorträge des Herrn Direktor Sturm (Leipzig) über „Die Preisgestaltung im Buchdruckgewerbe“ und die bisherigen Erfolge der kollektiven Abkommen“, und des Herrn Hofrat W o b e r (Leipzig) über „Wirtschaftsamt und Normenausschuss, Rückbild und Ausblick“. Von besonderem Interesse ist ein Antrag des Kreisles III (Weihenau, Westfalen und Württemberg), der folgenden Wortlaut hat: „Vor jeder neuen Lohnbewegung oder sonstigen wichtigen lohnrichterlichen Beschlüssen soll ein außerordentliches Kreisstag einberufen werden, um Gelegenheit zu einer allgemeinen Aussprache über die jeweilige Lage zu geben. Den Kreisstagsvertretern können zu den Lohnverhandlungen Berater beigegeben werden, die auf dem außerordentlichen Kreisstag gewählt werden. Dieser Beifolg soll weiter der nächsten Hauptversammlung in Mainz zur Genehmigung und Einführung für alle Kreise des D. B. D. vorgelegt werden.“

Ein Buchdruckereiger als völkischer Schimpfsold. Vor der Großen Stadtammer in Stade wurde kürzlich die Berufung des Druckerleiters, Herausgebers, Schriftleiters und verantwortlichen Reklamators des als völkisches Beiblatt bekannten, „Harburger Kreisblattes“, Paul Baum aus Lohfeld, gegen ein am 20. März d. J. vom Schöffengericht Harburg-Wilhelmshagen gefälltes Urteil verhandelt. Auf Grund des Republikshuhnsgehaltes hatte B. wegen eines am 10. November 1928 in seinem Blatt erschienenen Artikels eine Gefängnisstrafe von drei Monaten erhalten, ferner wegen Übertretung einer preßgesetzlichen Bestimmung eine Geldstrafe von 10 M. Der Angeklagte hatte in dem von ihm als „unparteiisch“ bezeichneten „Harburger Kreisblatt“ folgendes geschrieben: „10 Jahre Republik. Das Staatsregiment von verfahren und verheuert! Vermögern der Alten und Schwachen ergartert! Treu und Glauben verstoßen und verläßt! Die deutsche Wirtschaft am Berenden! Haus und Hof, Grund und Boden sind in Verfall! Erwiltgen des väterlichen Erbes durch Verführung! Schredensregiment unsichtbarer Mächte, denen die Volkvertreter in Dawes-Form und Dawes-Schmach willig Gefolg-

chaft leisten.“ Baum hat bereits im Jahre 1920 eine Strafe von fünf Monaten Gefängnis verbüßt wegen ganz unfälliger Beschimpfungen des ersten Reichspräsidenten Ebert und des damaligen Kanzlers Bauer. Der Oberstaatsanwalt erklärte, daß die Beschimpfungen eine äußerst rohe, verwirfliche Form haben, so daß die von der Vorinstanz verhängte Strafe von drei Monaten Gefängnis um so weniger zu hoch genannt werden kann, als ja die frühere Strafe von fünf Monaten für das gleiche Vergehen offenbar bei dem Angeklagten ohne Wirkung geblieben ist. Urteil: Die Berufung des Angeklagten wird für beide Fälle auf seine Kosten verworfen. In der Begründung folgte der Vorlesende im wesentlichen den Gedankengängen des öffentlichen Anklägers.

**Das Plakat.** Die im Münchener Ausstellungspart auf Anregung des deutschen Reklameverbandes, Ortsgruppe München, und durch den Bund deutscher Gebrauchsgraphiker im Anschluß an den Weltreklamekongress Berlin zustande gekommene internationale Schau „Das Plakat“ gewährt mit ihren 1500 Nummern eine gute Orientierung über den gegenwärtigen Stand der angewandten Kunst auf dem Gebiet der Reklame. Etwa drei Duzend Staaten hat das auswärtige Amt in Berlin zu dieser Ausstellung herbeigeholt: Deutschland, Schweiz, Österreich, Italien, Spanien, Frankreich, England, Belgien, Dänemark, Russland, Ungarn, Türkei Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Finnland, Lettland, Estland, Polen, Schweden, Norwegen, Union, Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Japan und China. An der Spitze der Reklamekunst marschieren die Franzosen, bei denen der Geist eines Toulouse Lautrec, der als erster das Plakat zur Kunst erhob, seine gegenrechtliche Wirkung ausübt. Kubistische und expressionistische Plakate haben hier den eleganten Schwung und den Sinn für reklamafähige Übertreibung besonders geschliffen. Wir heben Cassandre, Dongen und Paul Collin hervor. In der deutschen Abteilung beanprucht natürlicherweise das Münchener Plakat den größten Raum. Zu den Spezialisten H o s s w e i n, G l a s und Kiela ra gefellen sich prominente Zeichner wie Th. Th. Heine, Kreibitz und Breckorius und viele Gebrauchsgraphiker, die in einer Sonderabteilung untergebracht sind. Die Ausstellung, die sich nur auf Arbeiten aus den letzten fünf Jahren erstreckt, entbehrt viele, für die Plakatkunst wesentliche Leistungen, bleibt aber trotzdem durch die Beteiligung aller Kulturstaaten eine Sehwürdigkeit von verlockender Anschauungskraft.

**Das Ergebnis der Ausstellung „Der neue Druck — das schöne Buch“.** Am 10. August wurde in Magdeburg die Ausstellung, die als Vorbereitung für die nächstjährige große Ausstellung „Wertstoff und Wertform“ angeprochen werden kam, geschlossen. Trotz regen Besuchs — während der Dauer der Ausstellung wurden rund 3000 Besucher gezählt — konnte eine Verlängerung der Ausstellungsdauer nicht ermöglicht werden, weil die „Recha“ für Lübet gewonnen ist, während die Ausstellung „Der neue Druck“ vom Volkswang-Museum, Essen, übernommen wurde. Die Ausstellung „Der neue Druck — das schöne Buch“ kann nicht nur als idealer Erfolg für Magdeburg gebüßt werden — die führende Tages- und Fachpresse hat von dieser Ausstellung eingehend Notiz genommen —, sondern auch in finanzieller Hinsicht ist das Ergebnis durchaus zufriedenstellend.

**Eine Internatipalte als Mitgift.** Die Tochter des Herausgebers der englischen Zeitung „Gipstand“, die bisher beim Vater als Reporterin tätig war, heiratete dieser Tage einen Kollegen von der gleichen Zeitung. Als Mitgift erhielt sie von ihrem Vater auf die Dauer von 30 Jahren den Betrag einer Spalte im Anzeigenheft seines Blattes. Da die Spalte täglich 20 Pfund Sterling bringt, repräsentiert diese Mitgift eine Jahresrente von 150 000 M.

**Neue Berliner Kunstszene.** Am 8. Oktober beginnt das Wintersemester in der Graphisch-Abteilung der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Berlin-Or (Andreassstr. 1-3). Die Graphisch-Abteilung gliedert sich in Vorbereitung und Fachunterricht in den Werkstätten. Aufgenommen werden allgemein gelehrte Leute, die dann in die entsprechenden Werkstätten eingeeordnet werden. Vorhanden sind neben den Vorbereitungs- und Ergänzungsklassen Werkstätten für Reproduktionsphotographie, Lithographie, Stein- und Offsetdruck, Schriftsatz und Buchdruck, Gebrauchsgraphik, Holzschnit, Tiefdruck, Modegraphie und für besonders Befähigte die Meisterklasse. Alle Notwendigkeiten, die die graphischen Gewerbe erfordern, werden durch tüchtige Lehrkräfte mit den Schülern erarbeitet. So erhält die Praxis brauchbare Kräfte als künstlerische Berater, Entwerfer oder durchgebildete Helfer. Kein Berliner Gehilfe, Polonier, Prinzipssohn usw. braucht nach auswärts zu gehen.

**Neue Stenographen.** Die „Freie Arbeiter-Stenographenvereinigungen Groß-Berlin“ hält für Nationalstenographen, Stenodachgraphen, Solize-Schreyaner und Reichsturzschritts Anfängerkurse ab. Die Kurse in der Reichsturzschritts beginnen in: Neukölln: am Dienstag, dem 3. September 1929, im Reaktionsklub, Kaiser-Friedrich-Str. 209/210; Ostern: am Montag, dem 2. September 1929, in der Gemeindefschule, Frankfurter Allee 37; Nordosten: am Donnerstag, dem 6. September 1929, in der Gemeindefschule, Senefelderstraße 6; Norden: am Donnerstag, dem 6. September 1929, in der Gemeindefschule, Schulstraße 99; Südwesten: am Freitag, dem 6. September 1929, in der Gemeindefschule, Gneifenstraße 7; Südosten: siehe Nr. 68. Weiterpresse unter Vereinsvorsitzenden. Alle Kurse beginnen abends um 7 1/2 Uhr. Die Anmeldungen erfolgen am ersten, spätestens am zweiten Kurstagabend. Das Kursgeld beträgt einschließlich Lehrmaterial für Erwachsene 10 M., für Jugendliche 7,50 M. Erwerbslose zahlen 50 Proz. der angegebenen Höhe. Es werden auch Kurse in andern Bezirken eröffnet, sofern schriftliche Anmeldungen in genügender Zahl vorliegen. Schriftliche Anfragen beantwortet Walter N i e d e l, Berlin-Spandau, Westmarkter Straße 10, 1.

**Was ist nun richtig?** Über die Güreschhaus G. m. b. H. in Köln werden Nachrichten verbreitet, wonach das Unternehmen, das bekanntlich die „Königliche Volkszeitung“ und

